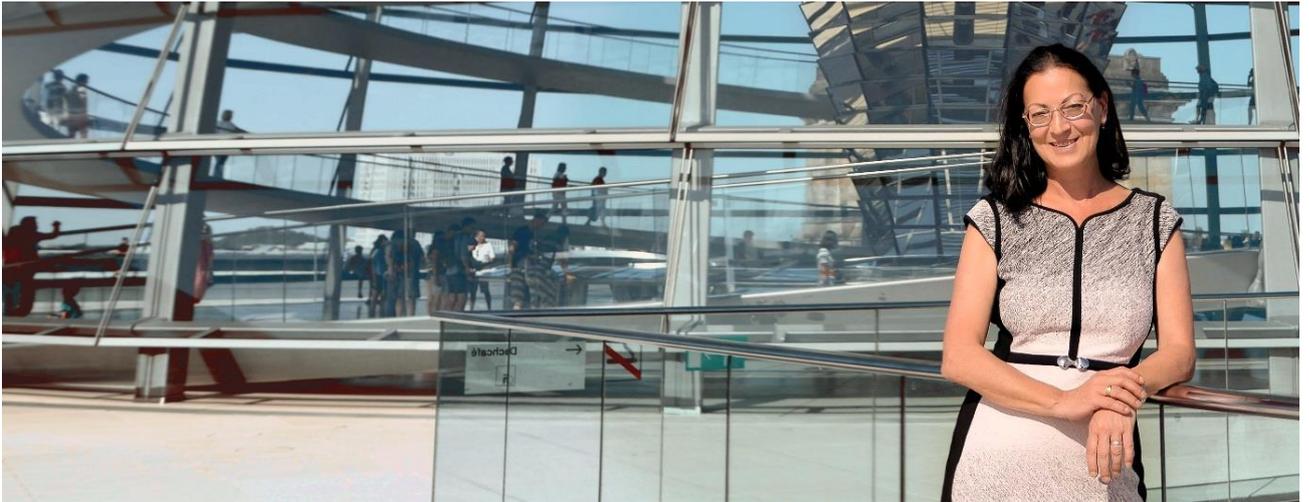


NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND



Die Union lässt derzeit keine Gelegenheit aus, deutlich zu zeigen, wie egal ihnen die Interessen von Mieter*innen sind: Nachdem wir im Bundestag das Baulandmobilisierungsgesetz, das auch ein Wohnraumsicherungs- und Kommunenstärkungsgesetz ist, beschlossen haben, hat die bayerische Staatsregierung doch tatsächlich versucht, über den Bundesrat das Gesetz zu stoppen – gegen den eigenen Bundesbauminister Horst Seehofer. Im zuständigen Wohnungsbauausschuss des Bundesrates ist Staatsministerin Kerstin Schreyer dann damit krachend gegen die Wand gefahren, obwohl ihr ausgerechnet Armin Laschets Regierung in Nordrhein-Westfalen zur Seite sprang.

Zwei Tage später die nächste Volte: Seit Jahresbeginn gilt ein CO₂-Preis auf fossile Brennstoffe beim Heizen. Kaum hatte sich die SPD nach monatelangem Streit mit der Union im Bund auf eine faire Aufteilung der Mehrkosten zu gleichen Teilen zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen, stellte sich die CSU-Landtagsfraktion quer: Sie witterte hier eigentümerfeindliche Politik. Glaubt die CSU wirklich, dass die Mieter*innen die Heizkosten in einem unsanierten 60er-Jahre-Haus wesentlich beeinflussen können? Sie können aber keine umweltfreundliche Heizanlage für das Miethaus kaufen, oder es selbst an das Fernwärmenetz anschließen. Aber das ist der CSU egal, denn sie ausschließlich diejenigen im Blick, die mit Bauen und Wohnen Geld verdienen.

Viel Spaß beim Lesen

POSITIONSPAPIER ZUR ZUKUNFT DER INNENSTÄDTE **IMPULSE FÜR DAS HERZ DER STADT**

Innenstädte sind die Herzen unserer Kommunen. Doch steigende Mieten, Online-Handel und die Corona-Pandemie setzen den Zentren zu. Ich freue mich, dass der SPD-Parteivorstand nun ein Positionspapier zur Zukunft der Innenstädte beschlossen hat und zahlreiche Maßnahmen vorschlägt.

MAI 2021

Wir wollen den Kommunen dabei helfen, die Innenstädte in der Krise zu stabilisieren und gleichzeitig weiterzuentwickeln. Ich hoffe, dass wir für die durchmischte Stadt auch noch in dieser Wahlperiode etwas erreichen können: Der Deutsche Bundestag hat sich im Rahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes zum Erhalt der Clubkultur und der immer stärker unter Druck geratenen Live-Musikspielstätten bekannt. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Kulturorte aus der Schmutzecke von Vergnügungsstätten endlich herauszuholen. Und wir erwarten, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode die seit Jahren diskutierte und allseits befürwortete Experimentierklausel in der TA Lärm umsetzt. Dies hilft nicht nur Clubs und Live-Musikspielstätten, sondern gerade auch den Innenstädten. Wir ermöglichen damit flexible Zwischen- und Nachfolgenutzungen von leerstehenden Immobilien und sorgen dafür, dass die immer wieder geforderte urbane Mischung aus Einzelhandel, Gastronomie, Kultur, Freizeit und Wohnen Realität wird - ein Baustein zur Stabilisierung unserer durch die Pandemie hart getroffenen Innenstädte.

Hier geht's zum vollständigen SPD-Positionspapier

EINLADUNG ZUR KOMMUNALKONFERENZ DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

NATUR IN DER STADT – GUT FÜR KLIMA UND LEBENSQUALITÄT

Klimaschutz vor Ort kostet Geld, unterlassener Klimaschutz kostet mehr! Deshalb ist es wichtig, dass Städte die Folgen des Klimawandels proaktiv vermeiden. Die Kommunen in Deutschland stehen vor enormen Herausforderungen. Nicht zuletzt werden uns die notwendigen Veränderungen zur Begrenzung des Klimawandels zunehmend herausfordern. Für eine klimagerechte Stadtentwicklung ist es notwendig, für kurze Wege zu sorgen, die Vernetzung von Mobilität zu fördern und Grünflächen auszubauen, um auch die Lebensqualität der Bürger*innen in Städten zu verbessern.

Darüber und über die städtebauliche Rahmenplanung zur Klimaanpassung in den Kommunen und Landkreisen könnt ihr mit **Bundesumweltministerin Svenja Schulze** sowie Vertreter*innen aus Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren.

Die Konferenz findet am Mittwoch, 26. Mai von 15.30 bis 17 Uhr digital statt.

Anmeldung und weitere Informationen hier

ENDE DES KÜKENTÖTENS BESCHLOSSEN

Wir haben das Tierschutzgesetz geändert und verbieten ab Jahreswechsel das Töten von Küken. Bisher ist es gängige Praxis, männliche Küken kurz nach dem Schlüpfen zu töten. Sie legen keine Eier und setzen weniger Fleisch an, ihre Aufzucht gilt der Geflügelwirtschaft als unrentabel. Wir konnten die Union davon abhalten, Hintertürchen in den Gesetzentwurf einzubauen. Wir hatten das Verbot des Kükentötens bereits in den Koalitionsvertrag verhandelt. Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner setzte zunächst lieber auf freiwillige Verpflichtungen und hat viel Zeit verschenkt. Eine höchstrichterliche Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts brachte schließlich den Umschwung. Nun ist ein staatliches Tierwohllabel notwendig, das auch Geflügel sowie Eier umfasst, um zu verhindern, dass stattdessen Hennenküken importiert werden, deren Brüder getötet wurden.

Mehr dazu

ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT

FÜR EINE GERECHTERE UND DURCHLÄSSIGERE GESELLSCHAFT

Was uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt hat, belegt der neue Armuts- und Reichtumsbericht mit harten Zahlen: **Die Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft entwickeln sich weiter auseinander.** Während die obersten 1 Prozent der reichsten Deutschen 35 Prozent des gesamten Vermögens besitzen, hat inzwischen jeder sechste Haushalt überhaupt kein Vermögen, auf das er im Notfall zurückgreifen kann. Besonders dramatisch ist dabei, dass immer weniger Menschen der Aufstieg aus den unteren sozialen Lagen gelingt.

Durch das Kurzarbeitergeld haben wir Millionen Arbeitsplätze erhalten und die von uns durchgesetzte Grundrente hilft denjenigen, die eine zu niedrige Rente bekommen trotz jahrelangem Einzahlen. Doch um die Kluft zu verringern, brauchen wir mehr: gut bezahlte, tarifgebundene Arbeit, eine gerechte Verteilung der Lasten und Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Zur **Weiterentwicklung des Mindestlohns** und zur **Stärkung der Tarifbindung** haben Arbeitsminister Hubertus Heil und Finanzminister Olaf Scholz bereits Eckpunkte vorgelegt. Als SPD fordern wir eine **Steuerreform, die untere und mittlere Einkommen entlastet und die oberen Einkommen heranzieht.** Das ist volkswirtschaftlich richtig und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Als Münchner SPD beteiligen wir uns mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und kirchlichen Organisationen am **Bündnis „Superreiche zur Kasse“**. Gemeinsam wollen wir verhindern, dass die Milliardenkosten der Pandemie den Arbeitnehmer*innen aufgebürdet werden, und fordern dazu eine Abgabe auf die großen Millionen- und die Milliardenvermögen, eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und weitere Maßnahmen.

Zum Armuts- und Reichtumsbericht hier

Mehr zum Bündnis hier

BETRIEBSRÄTEMODERNISIERUNGSGESETZ

MUT MACHEN, EINEN BETRIEBSRAT ZU GRÜNDEN

Wo Betriebsräte gemeinsam mit Gewerkschaften arbeiten, sind die Arbeitsplätze sicherer, die Arbeitsbedingungen besser und die Löhne höher. Betriebliche Mitbestimmung ist aber trotz gesetzlicher Pflicht nicht selbstverständlich. Auch heute noch werden Beschäftigte eingeschüchtert, wenn sie einen Betriebsrat gründen wollen. Wir stärken ihnen jetzt durch einen besonderen **Kündigungsschutz** den Rücken, der bereits greift, bevor die ersten Einladungen zur Betriebsratswahl verschickt werden. Außerdem vereinfachen wir die **Wahlverfahren** und senken das **Mindestalter für die Wahl auf 16 Jahre**. Darüber hinaus ist es der SPD-Fraktion im Bundestag in den Verhandlungen gelungen, den **Schutz der Unfallversicherung** auszuweiten. Dieser gilt nun auch bei der mobilen Arbeit für privat veranlasste Wege während der Arbeitszeit - das kann der Hin- und Rückweg zur Kinderbetreuungseinrichtung sein, oder ganz schlicht, in die Küche zu gehen, um sich einen Kaffee zu machen. Damit schließen wir eine Versicherungslücke, die Beschäftigte im Homeoffice schlechter gestellt hatte.

Weitere Informationen

AUSBAU DES SCHNELLADENETZES UND UMBAU DER MINERALÖLWIRTSCHAFT **MEHR KLIMASCHUTZ IM VERKEHR**

Wer ein E-Auto kauft, muss sich sicher sein können, dass er das Auto überall in Deutschland schnell wieder aufladen kann. Das Schnellladegesetz stellt dafür die Weichen: Der Bund kann nach Inkrafttreten 1.000 Standorte ausschreiben, damit dort öffentliche Schnellladehubs mit Leistungen über 150 Kilowatt entstehen. Denn gerade das schnelle Laden mit über 150 Kilowatt ist für lange Strecken entscheidend. Das Modell der Ausschreibungen wird sicherstellen, dass auch dort Schnellladesäulen entstehen, wo dies für die Wirtschaft bislang nicht lukrativ war – wie beispielsweise abseits der Autobahnen.

Außerdem haben wir mit einer Änderung im Bundesimmissionsschutzgesetz Mineralölunternehmen verpflichtet, die Treibhausgasemissionen ihrer Kraftstoffe stärker zu senken – aufwachsend bis 2030 um 25 Prozent jährlich. Dazu müssen sie den Anteil Erneuerbarer erhöhen, etwa grünen Wasserstoff, erneuerbar erzeugten Strom oder Biokraftstoffe. Wir konnten allerdings in den Verhandlungen durchsetzen, ab 2023 Palmöl aus dem Tank zu verbannen. Für Biosprit Wälder zu roden und Natur zu zerstören, ist nicht hinnehmbar. Die Verwendung von Reststoffen wie Stroh und Gülle ist nachhaltiger und fördern wir daher mit einer doppelten Anrechnung. Der direkte Einsatz von Strom in Elektroautos wird mit einer dreifachen Anrechnung gefördert. Das macht für die Mineralölwirtschaft den Betrieb von Ladesäulen attraktiver.

Weitere Informationen zum Schnellladegesetz

Weitere Informationen zur THG Quote

GEGEN STEUERVERMEIDUNG MULTINATIONALER UNTERNEHMEN

Wir haben Änderungen im Steuerrecht beschlossen, um Steuervermeidungsstrategien multinationaler Unternehmen wirksam zu bekämpfen. Aufgrund von Unterschieden zwischen nationalen Steuersystemen konnten bisher Gewinne steuerfrei in andere Länder transferiert oder Betriebsausgaben mehrfach von der Steuer abgezogen werden. Diese Besteuerungslücken schließen wir nun und verhindern auch, dass Unternehmen Einkünfte aus Deutschland auf eine Tochtergesellschaft verlagern und damit einer Besteuerung entgehen. Die europäische Anti-Steuervermeidungsrichtlinie, die wir damit umsetzen, sorgt für eine Harmonisierung des Unternehmenssteuerrechts in der EU.

Gemeinsam mit Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire hatte sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz zudem für eine globale Steuerreform im Rahmen der OECD stark gemacht. Da die neue US-Regierung dieses Ziel nun unterstützt, hofft Olaf Scholz auf eine internationale Verständigung zur globalen Mindestbesteuerung von großen Konzernen noch in diesem Sommer. Das trifft auch für eine neue Form der Besteuerung von digitalen Dienstleistungen zu.

Mehr dazu

KONSEQUENZEN AUS DEM WIRECARD-BETRUG

STARKE FINANZAUF SICHT UND STRENGERE REGELN FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Manipulationen der Bilanzen von Kapitalmarktunternehmen haben das Vertrauen in den Finanzmarkt erschüttert, allen voran im Fall Wirecard. Deswegen müssen die Aufsichtsstrukturen effektiver werden. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat daraus die Konsequenzen gezogen und im Sommer 2020 das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität vorgelegt. Letzte Woche haben wir die Reform im Bundestag beschlossen. Das Gesetz strafft die Strukturen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und räumt ihr mehr Kontrollmöglichkeiten und stärkere hoheitliche Befugnisse bei Verdacht auf Bilanzverstöße. Für Anlass- und Verdachtsprüfungen soll die BaFin künftig unmittelbar zuständig sein. So erhält die Finanzaufsicht nochmal deutlich mehr Biss und wir stärken den finanziellen Verbraucherschutz.

Eine zentrale Rolle im Wirecard-Skandal nehmen die Wirtschaftsprüfer ein. Mit dem Gesetz schreiben wir ihnen strengere Regeln vor, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten und Interessenskonflikte zu vermeiden. Gegen den Koalitionspartner konnten wir striktere Regeln für die Haftung bei grober Fahrlässigkeit insbesondere bei der Prüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse durchsetzen.

Weitere Informationen

CLAUDIA TAUSEND MDB

*stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
sowie im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales*

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de



**Soziale
Politik für
Dich.**